

Energieszene Welt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(1992)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

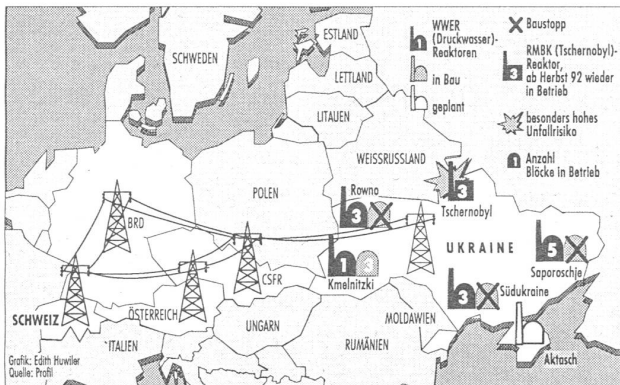
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweizer Atomlobby will in die Ukraine

Die mit Existenzproblemen kämpfende Schweizer Atomlobby wittert Morgenluft. In aller Stille werden Pläne geschmiedet, die maroden AKW in der Ukraine zu sanieren. Im Gegenzug soll später Strom importiert werden.



Auch Schweizer Firmen wollen im Osten ihr AKW-Programm neu aufbauen. Grafik: SonntagsZeitung

Die osteuropäischen Atomkraftwerke befinden sich in einem bedenklichen Zustand. Die Angst vor einem zweiten Tschernobyl hat die Vertreter der sieben führenden Industrieländer dazu bewogen, Schritte zu einer Entschärfung dieser atomaren Zeitbomben einzuleiten. Mit einem vorläufigen Kredit von 700 Millionen Dollar sollen die kritischsten Reaktoren näher an westliche Sicherheitsstandards herangeführt werden. Spätere Finanzspritzen in Milliardenhöhe sollen folgen.

Es werden vor allem westliche Unternehmen sein, die in den Genuss dieser Aufträge kommen. Sie haben das auch bitter nötig, denn der AKW-Markt ist wegen der politischen Widerstände in praktisch allen westlichen Ländern zusammengebrochen, so auch in der Schweiz. Der Osten bietet sich als neuer Absatzmarkt an. Seit geraumer Zeit strecken deshalb auch

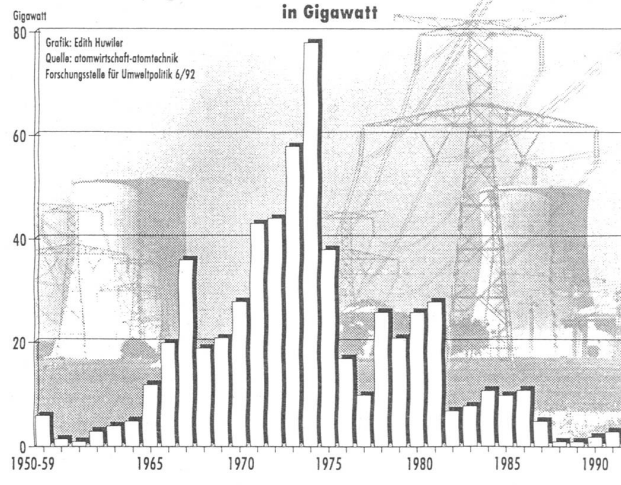
Schweizer Firmen ihre Fühler nach Osteuropa aus. Als besonders lukrativer Markt gilt die hochindustrialisierte Ukraine mit ihren 50 Millionen Einwohnern und einem halben Dutzend maroder AKW. Nicht zuletzt wegen der verhältnismässig ge-

ringen Entfernung, die den Transport von Atomstrom in die Schweiz als Gegenleistung für Investitionen erlauben würde.

Ein erster Schritt ist bereits getan: Vor kurzem ist der Verein Schweizerischer Maschinenindustrieller vom Bundesamt für Aussenwirtschaft inoffiziell damit beauftragt worden, "geeignete Firmen" zu suchen, die einen "Master Energy Plan" für die Ukrainer erstellen könnten: eine generalstabsmässige Planung der Energiebedürfnisse der Ukraine in Gegenwart und Zukunft. Für diese Projektierungsarbeiten sollen drei bis zehn Millionen Franken aus einem 600-Millionen-Franken-Kredit herangezogen werden, den der Bundesrat kürzlich gesprochen hat und der im Herbst vors Parlament kommt.

Sonntags Zeitung 12.7.92

Aufträge für Atomkraftwerkbau, weltweit in Gigawatt



Gefährlicher Uran-Deal

Die USA werden Russland hochangereichertes Uran abkaufen, das bei der Demontage von Atomraketen anfällt. Der hochgefährliche Rohstoff soll in den nächsten fünf Jahren in grossen Mengen in die USA transportiert und dort zu nuklearem Brennstoff für zivile Atomkraftwerke aufbereitet werden. Im Gegenzug erhält Russland dringend benötigte Dollars, mit denen die Sanierung der eigenen AKW voran-

getrieben werden soll. Bescheidene 100 Millionen Dollar pro Jahr wollen die Amerikaner den Russen bezahlen. Nach Angaben des Fachjournals "Nucleonics Week" schätzen offizielle deutsche Stellen nämlich den Finanzbedarf zur "Sanierung" der 60 bis 80 Ostreaktoren auf rund 7,5 Milliarden \$. Wissenschaftler warnen davor, den brisanten Stoff in derart grossen Mengen über Tausende von Kilometern zu transportieren. Und in den USA selbst herrscht durchaus kein Mangel

an Uran. Der hochangereicherte Stoff fällt in ähnlichen Mengen aus der Verschrottung der eigenen Raketen an. Das Überangebot an Uran führt zu einem weiteren Preiszerfall. Bereits in der Vergangenheit hatte das US-Handelsministerium den Russen vorgeworfen, nuklearen Brennstoff zu Dumpingpreisen anzubieten und damit die US-Uranhersteller zu konkurrenzieren. Präsident Bush verspricht den KonsumentInnen indessen billigeren Strom.

TA 2.9.92

Mit Druckluft Energie speichern.

Energie lässt sich zum Beispiel mit den in Umweltkreisen umstrittenen Wasserpumpspeicherwerken speichern, indem man Wasser in der lastschwachen Nachtzeit aus einem niedrig gelegenen Becken in ein höher gelegenes pumpt. Zu Zeiten hohen Strombedarfs am Tag wird das Wasser wieder bergab auf eine Turbine geleitet. Mit diesem Trick wandelt die Schweizer Elektrizitätswirtschaft billigen Nachtstrom in teureren Spitzenstrom um. Ein amerikanisches Elektrizitätswerk in Alabama bedient sich eines anderen, aber ebenfalls mechanischen Verfahrens. Es arbeitet mit Druckluft. In der Nacht treibt überschüssige Elektrizität einen Elektromotor an, der Luft in eine Kaverne pumpt. Die Luft wird dabei auf 75 bar zusammengepresst. Während des Tages lässt man die Luft wieder zurückströmen und dabei eine Turbine antreiben.

TA 12.5.92

Ölmädchenrechnung

Frage: Wie stark verringert sich der Erdölverbrauch und damit der CO₂-Ausstoss, wenn die EG mit einer CO₂-Steuer das Erdöl von heute 20 \$ auf 30\$ verteuert?

Antwort: Der Verbrauch verringert sich gar nicht, er wird im Gegenteil sogar deutlich steigen. Begründung: In der EG wird der Ölkonsum zwar zurückgehen. Als Antwort darauf werden jedoch die OPEC-Staaten die Ölpreise stark senken, was zu einem deutlichen Mehrverbrauch im gesamten Rest der Welt führen werde. Schlussfolgerung: Dass die kleine schwache EG mit nur 13 Prozent des Weltausstosses an CO₂ alleine etwas gegen den Treibhauseffekt unternehmen will, ist völlig sinnlos. Gezeichnet: Der Verband der Europäischen (Petro)-Chemie-Industrie in einem Hochglanzpamphlet gegen die geplante CO₂-Steuer der EG.

TA 14.5.92

Wirtschaftsbosse wollen CO₂-Lenkungsabgabe

Ein Gesprächskreis schweizerischer Wirtschaftsführer hat an den Bundesrat appelliert, eine Vorlage über die Einführung ei-

ner CO2-Lenkungsabgabe zu unterbreiten. Diese sei weltweit - vor allem aber in Europa und in den wichtigsten Industriestaaten - gemeinsam einzuführen und koordiniert zu verwirklichen. Durch die weltweite Koordinierung können Wettbewerbsverzerrungen und der Export von Umweltproblemen vermieden werden, schreiben die prominenten Unterzeichner eines Communiqués. Eine Lenkungsabgabe müsse schrittweise ansteigende Energiepreise gewährleisten, und zwar langfristig berechenbar, um Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz zu belohnen.

DAZ 26.5.92

GUS in Atomzwickmühle

"Was man auch tut, die Katastrophe scheint unabwendbar. Offen bleibt, ob sie in atomarem, wirtschaftlichem oder ökologischem Gewand daherkommt". Dies ist die Quintessenz eines Hintergrundberichts in der Weltwoche. Ausführlich beschreibt der Verfasser die technischen Handicaps der graphitmoderierten Reaktoren vom Typ RBMK und die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten, die ein Abschalten dieser Reaktoren unmöglich machen. Martin Jermann vom Paul Scherrer-Institut in Würenlingen warnt davor, das Atomproblem der GUS mit riesigen Investitionen beheben zu wollen. Er fordert eine umfassendere Betrachtungsweise und weist beispielsweise darauf hin, dass Investitionen in eine technische Aufrüstung der Kohle- und Gaswerke vergleichsweise effektiver sind.

Weltwoche 9.4.92

Vom Schnellen zum Langsamen Brüter?

Die französische Regierung hat eine Wiederinbetriebnahme des umstrittenen Schnellen Brüters von Creys-Malville von zusätzlichen Sicherheitsauflagen und einem neuen öffentlichen Anhörungsverfahren abhängig gemacht. Der Superphénix wird in Zukunft vielleicht nur noch als langsamer Brüter, als Verbrennungsanlage für nukleare Abfälle, funktionieren. Die französischen Grünen hatten allerdings die bedingungslose Stilllegung des Schnellen Brüters gefordert, den sie für eine

zu gefährliche Technologie halten, während die Regierung darauf hinwies, dass Frankreich sich eindeutig für den Atomstrom entschieden habe - mit einem Anteil von 75 Prozent ist Frankreich weltweit das führende Atomstromland - und der Schnelle Brüter für den technologischen Vorsprung Frankreichs und Europas gegenüber den Forschungen in Japan und den USA weiter betrieben werden müsse. Die Wirtschaftlichkeit der Schnellen Brüter wird jetzt frühestens 2020 oder 2030 erwartet, falls sich diese Plutonium-Technologie, die vom Uran unabhängig machen sollte, überhaupt noch durchsetzt.

NZZ 1.7.92

Tschernobyl- Wettbewerb

Die ukrainische Regierung hat die Arbeiten zur Errichtung einer zweiten Betonkuppel über dem Unglücksreaktor von Tschernobyl international ausgeschrieben. Eine erste Betonkuppel war nach der Reaktorkatastrophe im April 1986 in aller Eile gebaut worden und wird nach Ansicht ukrainischer Experten nicht länger als acht Jahre halten, da sie nicht dicht ist. Eine zweite Kuppel soll nun innerhalb von fünf Jahren errichtet werden. Sie soll mindestens ein Jahrhundert überdauern. Bewerber um den Auftrag müssen bis zum 31. Dezember ihren Kostenvoranschlag vorlegen.

NZZ 13.7.92

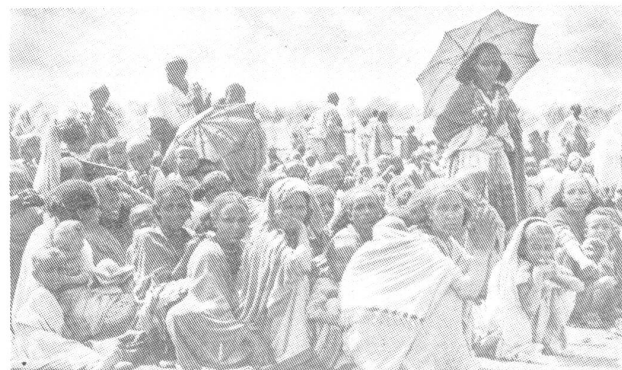
Altreaktor definitiv in Betrieb

24 Jahre nach seiner Inbetriebnahme erhält das 1968 ans Netz gegangene und seither formal im Probebetrieb laufende erste kommerzielle Atomkraftwerk Deutschlands in Obrigheim, Baden-Württemberg, nun seine "abschliessende Teilbetriebsgenehmigung". Das über 20 Jahre unbemerkt gebliebene Fehlen der Betriebsgenehmigung war im Mai 1990 vom Verwaltungshof Mannheim auf Grund einer Klage der Grünen als erheblicher Rechtsfehler eingestuft worden. Die Dauerbetriebsgenehmigung soll unter einen ausdrücklichen Widerrufsvorbehalt gestellt werden und mit neuen Sicherheitsauflagen verknüpft werden.

NZZ, 15.8.92

Globaler Ökobonus?

Ein globaler Ökobonus, der an den Verbrauch nichterneuerbarer Energien gekoppelt ist, würde es erlauben, Entwicklungs- und Umweltziele gleichzeitig anzupeilen. Die Lenkungsabgabe dürfte den Energieverbrauch drosseln, und die pro Kopf uniforme Rückerstattung der Einnahmen würde den Entwicklungsländern Finanzmittel zur Verfügung stellen.



Ein globaler Ökobonus würde nicht nur die CO2-Emissionen bremsen, sondern hätte auch eine Umverteilung von Geldern von Nord nach Süd zur Folge. Bild: Archiv BRESCHÉ

Eine weltweite Lenkungsabgabe auf nichterneuerbaren Energien in der Höhe von 15 US-Cents pro kg Öläquivalent (dies entspricht etwa 20 \$ pro Barrel, also eine Verdoppelung des gegenwärtigen Ölpreises) würde ohne Verbrauchsreduktion pro Jahr rund 1125 Milliarden \$ ergeben. Würde dieses Geld nach dem Prinzip des Ökobonus gleichmässig auf die gesamte Weltbevölkerung verteilt, so ergäbe sich pro ErdenbürgerIn eine Auszahlung von 210 \$. Dieser globale Ökobonus könnte als Entgelt für die alle Menschen in etwa gleicher Weise treffenden externen Kosten des Energiekonsums betrachtet werden oder als Abgeltung der allen Menschen gleich zustehenden Umweltrechte.

Die Aussicht auf eine progressive Verteuerung hätte mittel- und langfristig einen sparsameren Umgang mit nichterneuerbaren Energien zur Folge. Damit würden der Anstieg der globalen CO2-Emissionen gebremst sowie die Nachfrage nach Warentransporten auf ein umweltverträgliches Mass beschränkt.

Der globale Ökobonus hätte weiter eine Umverteilung von Geldern von Nord nach Süd zur Folge. Würde die Lenkungsabgabe sofort auf dem Niveau von 15 Cents/kgoe eingeführt, so hätten die Industrieländer für ihren heutigen Jahresverbrauch

von 5,5 Milliarden toe an nichterneuerbaren Energien pro Jahr 827 Milliarden \$ in den Ökobonustopf einzuspeisen. Sie erhielten daraus in Proportion zu ihrer Bevölkerung von 1,25 Milliarden Menschen 261 Milliarden \$ zurückerstattet. Ihre jährlich Nettobelastung käme in diesem Rechnungsbeispiel somit auf 566 Milliarden \$ zu stehen, bei Verbrauchsreduktion entsprechend weniger. Demgegenüber würden die Entwicklungsländer für ihren heutigen Verbrauch von knapp zwei Milliarden toe pro Jahr mit 196 Milliarden \$ belastet, erhielten aber in Anbetracht ihrer hohen Bevölkerung von 4,13 Milliarden Menschen 862 Milliarden \$ ausbezahlt. Positiver Nettotransfer: 566 Milliarden \$. Das Zustandekommen des vorgeschlagenen Mechanismus hinge in erster Linie vom Willen der Industrieländer ab. Angesichts ihres hohen Verbrauchs an fossilen Ressourcen und der damit einhergehenden Verantwortung für die globalen Umweltprobleme sowie für den Ressourcen- und Ökokaipalverkehr zulasten der künftigen Generationen ist es aber durchaus angebracht, dass die Länder in Anlehnung an das Verbraucherprinzip den finanziellen Hauptbeitrag leisten.

NZZ 2. 6. 92